



Hans-Peter Mayer MdEP



## Straßburg Aktuell

Nr. 30 - Plenarwoche 10. - 14. Januar 2005

Informationen Ihres Europaabgeordneten  
Professor Dr. Hans-Peter Mayer, CDU/EVP-ED



### I. Allgemeine Informationen

Neben dem Europäischen Parlament und der Europäischen Kommission sitzt in Brüssel auch der "Rat der Europäischen Union". Dieser Rat wird abgekürzt als "Ministerrat" bezeichnet, da die Mitgliedstaaten dort mit einem Minister vertreten sind. Daher tagt der Ministerrat tatsächlich in verschiedener Zusammensetzung, z.B. als Agrarrat, wenn Landwirtschaftsminister tagen, als Finanzrat oder als Wirtschaftsrat usw. Er verabschiedet europäische Rechtsvorschriften, überwiegend gemeinsam mit dem Europäischen Parlament (Mitentscheidung). Auf der Grundlage der von den Staats- und Regierungschefs der EU festgelegten Leitlinien entwickelt er die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) der EU. Der Vorsitz im Ministerrat wechselt alle sechs Monate. Das bedeutet, dass alle EU-Staaten, koordiniert und repräsentiert vom jeweiligen Regierungschef, abwechselnd jeweils sechs Monate lang für die Tagesordnung des Rates verantwortlich sind. Für die erste Hälfte des Jahres 2005 hat Luxemburg und damit dessen Ministerpräsident Jean-Claude Juncker den Ratsvorsitz. Er stellte daher in der ersten Plenarwoche 2005 sein Programm vor. Dieses beinhaltet u.a. eine Reform des Euro-Stabilitäts- und Wachstumspakts. Hierbei meinte er, dass die Konjunkturlage und die flexible Anwendung der Regeln bei der Beurteilung eines Mitgliedstaates berücksichtigt werden sollten. Eine Änderung der Neuverschuldung (max. 3 % BSP) und der Gesamtverschuldung (max. 60% BSP) will er jedoch nicht.

### II. Hilfsangebot der EU an die Krisenregionen in Südasien

Am Mittwoch berichteten Kommission und Ministerrat über die Hilfe der EU für die Opfer der Flutkatastrophe in Südostasien. Die EU hat ihr Hilfsangebot für die von der Flutkatastrophe betroffenen Länder auf rund 1,5 Mrd.€ erhöht. Darüber hinaus kündigte der Kommissionspräsident José Manuel Barroso auf einem Sondergipfel in Jarkarta vergangene Woche zusätzliche Mittel in Höhe von bis zu 450 Mio. Euro aus dem EU-Etat an. Dabei ist der Aufbau eines Frühwarnsystems vorgesehen. Das EP hat diesem Hilfspaket am Donnerstag zugestimmt.

### III. Das Europäische Parlament (EP) hat u.a. folgende Gesetzestexte und Erklärungen beschlossen:

#### 1. Abstimmung über den Verfassungsbericht

Am Mittwoch fand die Abstimmung über den Verfassungsbericht des christdemokratischen Spaniers Ínigo Méndez de Vigo und des sozialdemokratischen Engländers Richard Corbett statt. Der Abstimmung waren ausführliche Debatten am Dienstag vorausgegangen. Die Abstimmung hob deutlich, auch innerhalb der CDU/CSU, das klare "JA" zur Verfassung hervor. Von den 677 anwesenden Abgeordneten stimmten 500 mit "Ja" und "137" mit Nein. 40 Abgeordnete enthielten sich der Stimme. Die Nein-Stimmen kamen vor allem von der Fraktion der Vereinigten Linken und aus dem Lager der Rechtsradikalen.

Der von den Staats- und Regierungschefs am 29.10.2004 unterzeichnete Vertrag muss binnen 2 Jahren in allen 25 EU-Mitgliedstaaten ratifiziert werden. Verläuft dieses Prozedere reibungslos, soll die Verfassung am 1. November 2006 in Kraft treten. Es soll nunmehr alles daran gesetzt werden, um die europäischen Bürger klar und objektiv über den Inhalt des Verfassungsvertrages zu informieren. Der Verfassungsvertrag stellt eine erhebliche Verbesserung der bestehenden Verträge dar. Er bringt enorme Vorteile für die Bürger, das Europäische Parlament und die nationalen Parlamente. Wichtig sind auch die geänderten Vorschriften für eine effiziente Funktionsweise der Institutionen der EU und damit für die Union als Ganzes.

Dieser wichtige Bericht ist im Internet einzusehen unter:

<http://www2.europarl.eu.int/omk/sipade2?PUBREF=-//EP//NONSGML+REPORT+A6-2004-0070+0+DOC+PDF+V0//DE&L=DE&LEVEL=2&NAV=S&LSTDOC=Y>

## **2. Wahl des europäischen Bürgerbeauftragten**

Am Dienstag hat das EP den Griechen Nikiforos Diamandouros als Europäischen Bürgerbeauftragten gewählt.

Die Einrichtung des Europäischen Bürgerbeauftragten wurde 1992 im Maastrichter Vertrag geschaffen. Diamandouros war von 1998 bis 2003 der nationale Bürgerbeauftragte Griechenlands. Seine Aufgabe ist es, Missstände in den Verwaltungen der EU-Organe und Institutionen aufzudecken. Der Bürgerbeauftragte beginnt gewöhnlich Untersuchungen, wenn er Beschwerden bekommt. Jeder europäische Bürger kann sich an ihn mit einer Petition wenden, wenn er vorträgt, dass europäisches Recht nicht oder nicht richtig angewendet wurde. Dem EP muss der Bürgerbeauftragte jährlich einen Tätigkeitsbericht vorlegen.

## **2. Abstimmung über die 5. Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherungsrichtlinie**

Das EP hat am Mittwoch in zweiter Lesung einen zuvor mit dem EU-Ministerrat geschlossenen Kompromiss zur 5. Kfz-Haftpflichtversicherungsrichtlinie verabschiedet. Die Richtlinie hat zum Ziel, es den Bürgern zu erleichtern, eine Kfz-Haftpflichtversicherung abzuschließen, einen effizienten und grenzüberschreitend gültigen Versicherungsschutz zu erhalten sowie problemloser ein Auto in einem anderen Mitgliedstaat zu kaufen oder zu verkaufen. Des Weiteren soll der Abschluss einer kurzfristigen Haftpflichtversicherung erleichtert werden. Hierdurch soll ein Versicherungsschutz für Personen gewährleistet sein, die sich vorübergehend in einem anderen Mitgliedstaat aufhalten, oder die ein Kraftfahrzeug in einem anderen Mitgliedstaat erworben haben und dieses vor seiner Zulassung im Einfuhrland kurzfristig versichern müssen. Durch eine Pflichtversicherung in allen Mitgliedstaaten soll der Rechtsschutz für die Opfer von Kraftfahrzeugunfällen verbessert werden. Auch der Schutz von Opfern von Unfällen, bei denen das Fahrzeug nicht identifiziert werden kann, wird gewährleistet.

## **III. Sonstiges**

In dieser Plenarwoche wurde u.a. über die Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen sowie die Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen mit Mazedonien und Kroatien berichtet. Darüber hinaus wurden die Ergebnisse der Neuwahlen in der Ukraine erörtert. In den mündlichen Anfragen an Ministerrat und Kommission ging es diese Woche u.a. um die Beziehungen mit den USA und den Schuldenerlass für Entwicklungsländer. Am Donnerstag wurde ausführlich über Fälle von Verletzungen der Menschenrechte, der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit debattiert. Von besonderem Interesse war die Teilnahme von Bundeskanzler a.D. Dr. Helmut Kohl an der Gruppensitzung der CDU/CSU und an einer Sitzung der EVP-ED-Fraktion.

---

Sämtliche Informationen über die Europäischen Institutionen finden Sie im Internet unter: [www.eu.int](http://www.eu.int)

---

Impressum: V.i.S.d.P. Prof. Dr. Hans-Peter Mayer

**Europabüro**, Bahnhofstraße 1, 49377 Vechta, Tel.: 044 41/90 99 09, Fax: 044 41/90 99 10, E-Mail: [europa-mayer@t-online.de](mailto:europa-mayer@t-online.de)

**Europäisches Parlament**, Büro ASP 15 E 154, Rue Wiertz, B - 1047 Brüssel, Tel.: 0032-2-284-7994, Fax: 0032-2-284-99 94,

E-Mail: [hmayer@europarl.eu.int](mailto:hmayer@europarl.eu.int), Internet: [www.europa-mayer.de](http://www.europa-mayer.de)